DER VORSTEHER

DES EIDGENÖSSISCHEN VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENTES

3003 Bern, den 18. Oktober 1965

An die Generaldirektion PTT

3000 Bern

Fernmeldedienste in Genf, Sanierungsmassnahmen

Herr Präsident, Herren Generaldirektoren,

Ich danke Ihnen für Ihren einlässlichen Bericht vom 11. Oktober 1965 über die Massnahmen, mit denen die PTT-Betriebe den Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Fernmeldedienste in Genf zu begegnen gedenken. Den in diesem Bericht erwähnten früheren Bericht über ähnliche Fragen im Zusammenhang mit der Angelegenheit "UNCTAD" habe ich allerdings erst jetzt erhalten.

Aus diesem letztern Bericht ersehe ich, dass Sie die Genfer Behörden und die Genfer Vertreter in den Eidgenössischen Räten schon im Herbst 1963 und seither laufend über die Verhältnisse orientiert haben. Ich bedaure, dass das nicht auch mir gegenüber und durch mich gegenüber dem Eidg. Politischen Departement geschehen ist. Ich werde nun dieses Departement durch Zustellung von Durchschlägen Ihrer beiden Berichte und meines heutigen Schreibens orientieren.



Bevor ich auf die mir zum Entscheid unterbreiteten Probleme eingehe, möchte ich die Ihnen bereits am 10. September 1965 gestellte Frage wiederholen, auf welche Umstände der Rückgang in der Vermehrung der Telephonanschlüsse des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen ist. Wie steht es in dieser Beziehung in Genf?

Zu den in Ihrem Bericht angeführten Ursachen des Rückstandes der PTT-Betriebe im Ausbau ihrer Fernmeldeanlagen möchte ich mich nicht weiter auslassen. Immerhin muss ich bemerken, dass die Entwicklung durch Ihre Vertreter beispielsweise in den Finanz-kommissionen der Eidg. Räte nicht so katastrophal dargestellt worden ist, wie in diesem Bericht. Der in Ziffer 1.3.4 enthaltene Vorwurf gegenüber der Institution der Sammelbotschaften für die Bauprojekte der PTT scheint mir ganz besonders deplaciert. Glauben Sie wirklich, die Eidg. Räte würden PTT-Bauten bereitwilliger und rascher erledigen, wenn sie ständig damit belästigt werden? Meines Wissens hat auch die Bauplafonierung für die PTT nicht zu vermehrten Schwierigkeiten geführt, da als Plafond der Umfang der Bauten der Vorjahre übernommen wurde.

Nun zu den vorgeschlagenen Massnahmen.

Der Verschärfung der Prioritätsordnung für neue Telephonteilnehmer zugunsten der ausländischen Vertretungen durch Ausdehnung
der Priorität auch bei Wohnungsanschlüssen der Angestellten und
Mitarbeiter stimme ich zu. Wie Sie mit Recht angetönt haben, muss
diese Weisung diskret, also nicht etwa durch Zirkular, erfolgen,
da sonst Proteste in der Oeffentlichkeit ein grösseres Mass annehmen könnten ("Comité des Vigilants"!).

Auch der Aktivierung zusätzlicher Nummern durch vorübergehendes Anschliessen von Teilnehmern eines Quartiers an Zentralen anderer Quartiere stimme ich trotz den damit verbundenen finanziellen und technischen Nachteilen zu.

Hingegen hege ich grösste Bedenken gegen die Zwangskündigung von Anschlüssen mit wenig Verkehr. Allein die Höhe der bezahlten Gespräche gibt keinen Anhaltspunkt über den Gesprächsverkehr eines Telephonabonnenten. Dieser Verkehr kann ja sehr einseitig sein und vom Gesprächspartner bezahlt werden. Die Reaktion gegen diese Massnahme würde ausserordentlich heftig ausfallen und dem Anschen der PTT äusserst schaden. Hingegen darf bei der Zuteilung neuer Anschlüsse sehr wohl eine Auswahl nach den ausgewiesenen Bedürfnissen getroffen werden. Anschlüsse, die nur wenig Gesprächseinnahmen bringen werden, sind – selbstverständlich unter Berücksichtigung aller anderer Umstände – zuletzt zu berücksichtigen.

Dafür ist Ihr 5- und Ihr 10-Jahres-Ausbauprogramm für Genf erheblich zu beschleunigen. Ich werde bei der Behandlung der PTTvorlagen in den Eidg. Räten energisch dafür eintreten, wenn es erforderlich wird.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, Herren Generaldirektoren, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

> EIDG. VERKEHRS- UND ENERGIE-WIRTSCHAFTSDEPARTEMENT Der Vorsteher:

> > (Spühler)

Durchschlag an:
Herrn Bundesrat Wahlen